

556714-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Entwicklung von kundenspezifischer Software – Erneuerung Fahr-Umlauf und Dienstplanungssystem

OJ S 153/2026 11/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stuttgarter Straßenbahnen AG

E-Mail: einkauf@ssb-ag.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erneuerung Fahr-Umlauf und Dienstplanungssystem

Beschreibung: Die gegenwärtigen Prozesse weiter zu digitalisieren und zu automatisieren, das bestehende Planungssystem abzulösen und den Funktionsumfang eines neuen Tools, um die fehlenden Komponenten zu ergänzen.

Kennung des Verfahrens: 99a9018f-1f33-4585-b1c4-efd5cdb4c3b9

Interne Kennung: 110-2026-0003

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72230000 Entwicklung von kundenspezifischer Software

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Der Auftraggeber führt als Sektorenauftraggeber ein Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung i.S.d. 4. Teils des GWB und der SektVO durch. Mit dieser Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen und nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben. Erst eine erfolgreiche Bewerbung mit positiver Eignungsprüfung und -bewertung durch den Auftraggeber führt zur Aufforderung, ein Angebot abzugeben. Dazu werden dann weitere Unterlagen bereitgestellt. 2) Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich über die Vergabepattform <https://www.tender24.de> zu erfolgen. Auskünfte werden nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 04.09.2026, 24:00 Uhr, auf der Vergabepattform eingegangen sind.

Der AG wird etwaige Informationen (auch die Formulare) und Beantwortung von Fragen von Bewerbern zum Verfahren sowie sonstige Klarstellungen des AG, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Internetseite veröffentlichen: <https://www.tender24.de>. Die führenden Informationen zum Vergabeverfahren, vor allem hinsichtlich Fristen ist TED. Der AG empfiehlt daher allen Bewerbern, täglich den vorbenannten Link zum Abruf von aktuellen Informationen und Klarstellungen des AG sowie Antworten von Bewerberfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. Die Bewerber sollen die vom AG zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen und durch die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. 3) Der Teilnahmeantrag und dessen Anlagen sind digital über die Vergabeplattform <https://www.tender24.de> in deutscher Sprache einzureichen. Die Übersendung in Papierform (per Post oder Kurier), per Telefax oder in elektronischer Form, z. B. mittels E-Mail, ist nicht zulässig. 4) Der Auftraggeber ist berechtigt, bei Bedenken hinsichtlich der Eignung der Bewerber die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen. 5) Datenschutzhinweise für unsere Geschäftspartner: Siehe unter <https://www.ssb-ag.de/unternehmen/ausschreibungen/> ""Downloads""."

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Erneuerung Fahr-Umlauf und Dienstplanungssystem

Beschreibung: Die gegenwärtigen Prozesse weiter zu digitalisieren und zu automatisieren, das bestehende Planungssystem abzulösen und den Funktionsumfang eines neuen Tools, um die fehlenden Komponenten zu ergänzen.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72230000 Entwicklung von kundenspezifischer Software

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/07/2027

Enddatum der Laufzeit: 29/09/2028

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Die Auftragsvergabe steht unter einem

Gesamtfinanzierungsvorbehalt. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag nicht zu

erteilen, wenn die Angebote der Bieter das vorgesehene Gesamt-Budget überschreiten oder

der zuständige Entscheidungsträger der Auftragsvergabe nicht zustimmt. Die Bestimmungen

des UN-Kaufrechts finden keine Anwendung. Erfassung weiterer Einschränkungen, wie bspw.

Abschichten im TN-Antrag oder Angebotsphase, unübliche Vertragsbedingungen, wie z.B.

Kündigungsmöglichkeit bei Rahmenvereinbarung, wenn Vertragspartner nicht anbietet"

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehenden Angaben/Erklärungen/Nachweise

sind von Bewerbern (der Begriff Bewerber wird als Synonym auch für

Bewerbergemeinschaften verwendet) bzw. von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft

(BewG) sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehen Nachunternehmern

/Unterauftragnehmer vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht

ausreichend. Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet.

Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, sagt der Bewerber zu, Nachweise auf Verlangen,

spätestens jedoch vor Zuschlagserteilung vorzulegen. 1) Bezeichnung des

Bewerberunternehmens mit Firma und Anschrift sowie Angabe eines für das Verfahren zuständigen Ansprechpartners, idealerweise mit E-Mail, Telefon- und Faxnummer. 2) Unterschriebene Eigenerklärung gem. §§ 123, 124 GWB Abs. 1 sowie - soweit anwendbar - § 21 SchwarzArbG, § 21 AentG und § 98 c AufenthG. Unterschriebene Eigenerklärung gemäß dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG). Vorlage einer Eigenerklärung, dass über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet, die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde und dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet. Vorlage einer Eigenerklärung, dass keine in Bezug auf die Vergabe unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abreden getroffen wurden. Erklärung zur Einhaltung der erlassenen Russland Sanktionen. Vorlage einer Eigenerklärung, dass der SSB Verhaltenskodex für Lieferanten und Dienstleister eingehalten wird. 3) Sofern eine BewG ein Angebot einreicht, ist mit dem Teilnahmeantrag von allen Mitgliedern der BewG eine unterzeichnete Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung dieser Bekanntmachung im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der BewG, ein bevollmächtigter Vertreter und die Absicht, sich im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, ergibt. Die BewG haben in obiger Bewerbergemeinschafts-Erklärung oder als Anlage zur Bewerbergemeinschafts-Erklärung eine schriftliche Erklärung folgenden Inhaltes vorzulegen: Sämtliche Mitglieder BewG bzw. der Vertreter der BewG haben/hat zu erklären, dass die Bildung keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von Mitgliedern der BewG bzw. dem Vertreter dieser zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht alleine am Verfahren zu beteiligen. Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignung) der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/Nachunternehmer /konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. 4) Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in Pkt. 5.1.9 dieser Bekanntmachung genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, indem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft (Eignungsleihe). Mit dem Teilnahmeantrag ist bereits der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen zur Verfügung steht (z.B. Nachunternehmer-Verpflichtungserklärung). Der AG stellt hierzu die Anlagen zur Verfügung. Diese Verpflichtungserklärung ist dem Auftraggeber spätestens mit der Abgabe des Teilnahmeantrages zur Verfügung zu stellen. Sofern der Bewerber Nachunternehmer einzusetzen beabsichtigt, ohne dass eine Eignungsleihe stattfindet, müssen diese Erklärungen erst unmittelbar vor Zuschlagserteilung eingereicht werden. Der AG stellt hierzu die Anlagen zur Verfügung. Diese Verpflichtungserklärung ist dem Auftraggeber im Teilnahmewettbewerb zur Verfügung zu stellen. Der AG behält sich vor, weitere Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Als Nachweis der ausreichenden Erfahrungen in Erbringung von vergleichbaren Leistungen hat der Bewerber mindestens drei folgende Referenzen über vergleichbare Leistungen vorzulegen, welche die Fahr-, Umlauf und Dienstplanung eines einzelnen Verkehrsbetriebs abdecken. Grundsätzlich gilt, dass alle genannten Referenzen, mit allen jeweiligen Eigenschaften in produktiver Nutzung beim Kunden sein müssen. Die Referenzen dürfen sich nur auf die aktuelle Hauptversionsrelease des Systems beziehen. Grundsätzlich sind nur Referenzen zulässig, die bei Auftraggebern

aus dem Europäischen-Raum erbracht wurden. Das anzugebende Datum der Leistungserbringung entspricht dem Datum der Endabnahme durch den Leistungsempfänger. Bei den Referenzen sind Kontaktdaten des Kunden für eine mögliche Rückfrage des AG anzugeben. Weitere Mindestanforderungen Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit werden Referenzen aus den folgenden Bereichen gefordert: 1. Realisierung von mindestens zwei Projekten, welche jeweils die Fahr-, Umlauf und Dienstplanung mindestens eines ÖPNV1-Betriebszweiges abbilden 2. Realisierung von mindestens zwei Projekten, welche die Dienstplanoptimierung mindestens eines ÖPNV-Betriebszweiges abbilden 3. Realisierung von mindestens einem Projekt, welche die Umlaufoptimierung mindestens eines ÖPNV-Betriebszweiges abbildet 4. Mindestens eines der Projekte muss die Umlaufoptimierung von E-Bussen (batterieelektrisch betrieben) abbilden 5. Mindestens zwei der Projekte müssen den Betrieb der Software für die Fahr-, Umlauf-und Dienstplanung sowie die Optimierung von Dienstplänen als Hosted-Service (Non-Premise-Lösung) abbilden. Mindestens zwei für die Punkte 1-5 eingereichte Referenzen müssen zudem je nach ÖPNV-Betriebszweig (a oder b) folgende Anforderungen erfüllen: o a) Anzahl Schienenfahrzeuge (Straßen-, Stadtbahn, Tram): mind. 130 o b) Anzahl Busse: mind. 130 • Mindestens eine für die Punkte 1-5 eingereichte Referenz muss zudem je nach ÖPNV-Betriebszweig (a oder b) folgende Anforderungen erfüllen: o a) Anzahl Schienenfahrzeuge (Straßen-, Stadtbahn, Tram): mind. 60 o b) Anzahl Busse: mind. 60 Referenzen mit mindestens 130 Fahrzeugen belegen, dass der Teilnehmer bereits erfolgreich Systeme in einer mit dem Beschaffungsgegenstand vergleichbaren betrieblichen Komplexität eingeführt und produktiv betrieben hat. Die Anforderung ist erforderlich, um die technische und fachliche Leistungsfähigkeit der Bieter bewerten zu können. Zum vorläufigen Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Referenzen sind die Formblätter 2.3.1 des Teilnahmeantrags je Referenz auszufüllen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis der fachlichen Eignung und Qualität des eingesetzten Personals ist durch den Bewerber das für die Leistungserbringung vorgesehene Projektteam zu benennen, welches die nachfolgend genannten Rollen umfasst. Je Rolle ist die Erfüllung der nachfolgend genannten Anforderungen nachzuweisen. Allgemeine Anforderungen Es muss ein Team aus mindestens drei Personen und den nachfolgend genannten Rollen benannt werden, um die Vertretbarkeit während des Projektes sicherzustellen. - Projektleitung / Key Account Management - Analyst*in (Einführungsspezialist*in für Software) - Analyst*in (Betriebsspezialist*in für Software) Die Leistungserbringung vor Ort in Stuttgart ist durch die benannten Personen zumindest für die Zeit der Einführungsphase sowie die Hypercare-Phase zu gewährleisten. Weitere Informationen sind den Vergabeunterlagen beschrieben.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Auftragnehmer hat das Vorhandensein einer nach Deckungsumfang und -höhe branchenüblichen Haftpflichtversicherung für die gesetzliche Haftung spätestens bei Auftragserteilung nachzuweisen und dazu eine aktuelle Versicherungsbestätigung vorzulegen. Die Bestätigung hat die wesentlichen Daten des Versicherungsvertrages (Deckungssumme, Sublimits) zu nennen. Die Deckungssumme je Schadenereignis pauschal für Personen-Sachschäden im Rahmen der Betriebshaftpflicht muss mindestens EUR 5.000.000 betragen. Bei Vermögensschäden muss die Versicherungssumme mindestens 1.000.000,00 € betragen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Wirtschaftlichkeit der einzuführenden Softwarelösung stellt für den Auftraggeber ein wesentliches und vorrangiges Zuschlagskriterium dar. Als Mindestbewertungspreis wird eine Netto-Einsparung von 1.200.000 € festgelegt. Ein Angebot muss einen Netto-Wirtschaftlichkeitswert (PAng) von mindestens 1.200.000 € erreichen. Angebote, die diesen Wert nicht erreichen, sind wirtschaftlich nicht ausreichend und werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Der Ausschluss erfolgt zwingend; ein Ermessensspielraum besteht nicht. Neben der wirtschaftlichen Mindestanforderung gilt die im Proof of Concept festgelegte Mindestanforderung von mindestens vier einzusparenden Diensten als zwingendes Ausschlusskriterium. Der Zuschlag wird auf das nach den Zuschlagskriterien insgesamt wirtschaftlichste Angebot gemäß § 127 GWB erteilt. Ein Anspruch der Bieter auf Zuschlagserteilung besteht nicht. Erreicht kein Angebot die wirtschaftliche Mindestanforderung, kann ein Zuschlag nicht erteilt werden. Die Vergabestelle behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben, wenn keines der Angebote eine wirtschaftliche Beschaffung/Umsetzung ermöglicht. Ein Anspruch der Bieter auf Zuschlagserteilung besteht nicht. Weitere Informationen sind den Vergabeunterlagen beschrieben.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber muss einen durchschnittlichen Jahresumsatz der letzten drei Geschäftsjahre in Höhe von mindestens 5 Mio. Euro im Bereich IT-Dienstleistungen, Softwareentwicklung oder Cloud Services erzielt haben. Der Nachweis erfolgt durch Vorlage von testierten Jahresabschlüssen oder Bescheinigungen eines Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: siehe Unterlagen Teilnahmewettbewerb

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 1

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Lastenheft und Konzepte

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Proof of Concept

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ce0eef8ec-5d8ca47cfa01d15c

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: www.tender24.de

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Für die Vertragserfüllung sowie für die Gewährleistung wird eine Bankbürgschaft von 5 % der Gesamtauftragssumme gemäß Formblatt KFB (L/D) - Sicherheit 1 bzw. Sicherheit 2 gefordert. Alle Bürgschaften sind als unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaften (vgl. § 18 Nr. 2 VOL/B) gemäß Anlage zu stellen und beziehen sich auf den Brutto-Auftragswert. Nach Eintritt der Voraussetzungen des § 18 Nr. 7 VOL/B wird die Bürgschaft zurückgegeben.

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 10/09/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber prüft bei den fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträgen die Eignung der Bewerber in einem dreistufigen Verfahren. Stufe 1: Prüfung auf Vollständigkeit der abgeforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise Stufe 2: Vorliegen von Ausschlussgründen inkl. Erfüllung der Mindestanforderungen Stufe 3: Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gemessen an der zu vergebenden Leistung. Insbesondere auf Stufe 3, deren Prüfung anhand der vom Bewerber / Bewerbergemeinschaft eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise erfolgt, übt der Auftraggeber seinen Beurteilungsspielraum aus. Alle nach dieser Prüfung geeigneten Bewerber werden im weiteren Verfahren berücksichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte, insb. Erklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzufordern oder ggf. korrigieren zu lassen sofern Sie nicht die Zuschlagskriterien betreffen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines indikativen Angebotes aufgefordert. Die Unterlagen umfassen auch erste Informationen zur Ausgestaltung der Aufgabenstellungen für einen Proof of Concept (nachfolgend: PoC), welcher erst in der zweiten Phase des Verhandlungsverfahrens durch die vier bestplatzierten Bieter zu bearbeiten ist. Nach Eingang werden die indikativen Angebote formal geprüft und gemäß der veröffentlichten Bewertungsmatrix einer Bewertung unterzogen. Anschließend werden die Bieter zu einem Aufklärungsgespräch eingeladen. Im Rahmen der Aufklärungsgespräche wird die Bewertung der indikativen Angebote abgeschlossen. Auf Grundlage dieser Wertung wird ein Ranking

erstellt. Nur die vier bestplatzierten Bieter verbleiben im Verfahren und werden zur Durchführung des PoC eingeladen, welcher zwei Aufgabenstellungen, einer Ergebnispräsentation und Live Leistungsprüfung umfasst. Alle weiteren Bieter scheiden aus dem Verfahren aus.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: -

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Einlegung von Rechtsbehelfen Genaue Angaben

zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: 1) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB

müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10

Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 2) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 2

GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus diesem Bekanntmachungstext

erkennbar sind, innerhalb der in der Bekanntmachung benannten Angebots- bzw.

Bewerbungsfrist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 3

GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus erst in den Vergabeunterlagen

erkennbar sind, innerhalb der Angebots- bzw. Bewerbungsfrist gegenüber dem Auftraggeber

gerügt werden. 4) Hilft der Auftraggeber der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung

bei der Vergabekammer des Landes Baden-Württemberg unter der o.g. Anschrift innerhalb

von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des AG, der Rüge nicht abhelfen zu

wollen, gestellt werden. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit die Voraussetzungen

des § 160 Abs. 3 GWB vorliegen. 5) Der Auftraggeber weist zugleich auf die Vorschriften der

§§ 134, 135 GWB hin. Insbesondere sind die Fristenregelungen in § 135 Abs. 2 GWB zur

Geltendmachung der in § 134 Abs. 1 GWB genannten Verstöße zu beachten.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stuttgarter Straßenbahnen AG

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stuttgarter Straßenbahnen AG

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stuttgarter Straßenbahnen AG

Registrierungsnummer: DE812884131

Postanschrift: Schockenriedstr. 50

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale kaufmännische Services

E-Mail: einkauf@ssb-ag.de

Telefon: +49 71178850

Internetadresse: <https://www.ssb-ag.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Kapellenstrasse 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76131

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 81ee8bfd-91b7-4a0e-a149-63de01bb230d - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 17

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/08/2026 14:06:01 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 556714-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 153/2026

Datum der Veröffentlichung: 11/08/2026